

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Pressesum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 30. November 1988

Blatt 2410

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Wiener Barbarafeier für 2.000 U-Bahn-Bauer (2411)
- Wiener Landtag (2412-2413)
- Wiener Reichsbrücke: Abdeckplatte bei Fußgängerübergang löste sich (2415)
- Wiener „High Sweet Tech“ für Japan (2416)
- Wiener Gemeinderat (2417-2427)

Kultur:

- Pasterk: Shakespeare-Zyklus im „Kreis“ gesichert (2414)

Wiener Barbarafeier für 2.000 U-Bahn-Bauer

Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Mehr als 2.000 Menschen finden derzeit Arbeit beim Wiener U-Bahn-Bau. Für die Bergleute ist es alte Tradition, das Fest der Hl. Barbara zu begehen. Deshalb gibt es auch heuer wieder die „Wiener Barbarafeier“ der Wiener U-Bahn-Erbauer. Sie findet diesmal am kommenden Montag um 11.30 Uhr im Bauabschnitt „Philadelphiabrücke“ statt, und zwar unter Beteiligung hoher kirchlicher und weltlicher Prominenz: Weihbischof Florian KUNTNER und Superintendent Mag. Werner HORN werden ebenso dabei sein wie Altbundespräsident Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Verkehrsstadtrat Johann HATZL. Eingeladen wurden natürlich auch sämtliche „Tunnelpatinnen“ aller im bergmännischen Vortrieb errichteten Tunnelröhren, die ja einem alten Brauch zufolge die Hl. Barbara vertreten und den Bergleuten Glück bringen sollen. (Schluß) roh/bs

Wiener Landtag

Fragestunde

Wien, 30.11 (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz seines 1. Präsidenten Ing. Fritz HOFMANN trat der Wiener Landtag am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), was er unternehme, um den von Hundertwasser entworfenen Kfz-Kennzeichen zum Durchbruch zu verhelfen, antwortete Landeshauptmann Dr. ZILK, er nähme eine Verzögerung in Kauf, wenn es gelänge, ästhetischere Kennzeichentafeln zu erreichen. Ihm persönlich gefielen die von HUNDERTWASSER entworfenen Kennzeichen, und er bekenne sich zur Bewahrung der eigenen Identität. Entgegen früheren Berichten in der Landeshauptleutekonferenz sei es europaweit überhaupt nicht geplant, einheitliche Kennzeichentafeln mit weißem Hintergrund einzuführen. Zilk präsentierte dem Landtag den Zweitentwurf Hundertwassers, schwarzer Hintergrund mit weißer Beschriftung, Landeswappen und weißer Umrandung. Er hoffe, daß Verkehrsminister Streicher und Hundertwasser doch noch zu einem Gespräch zusammenkommen können. Wenn das Weiß wegen der Reflektion so wichtig sei, so Zilk, hätte man auch durch Gesetz weiße Reflektionsstreifen links und rechts der Kennzeichentafeln vorschreiben können.

Wien sei bereit, an der Entsorgung des Sondermülls auf dem Schiff Petersberg mitzuarbeiten, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP). Die Bereitschaft sei aber an Bedingungen geknüpft, zunächst müsse sich Wien mit Proben und Gegenproben von der Ladung überzeugen können. Es müsse ein Auftraggeber gefunden werden, und die Kosten in der Größenordnung zwischen vier und fünf Millionen Schilling müßten von einem Dritten übernommen werden. In diesem Zusammenhang bedauerte Mayr, daß es außerhalb Wiens keine Möglichkeit gebe, in Österreich Sondermüll zu entsorgen.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. KAMMERER (SPÖ), welche Auswirkungen die neue Steuerkategorie zu 2.400 Schilling/Monat für „Flipper“ mit Spielergebnisanzeige im Rahmen des Vergnügungssteuergesetzes habe, antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, daß die Zahl der Geräte gestiegen sei. Den jährlichen Mehrertrag schätzt Mayr auf zirka sieben Millionen Schilling. Eine Steueranhebung könnte es derzeit höchstens im Rahmen der Inflationsabgeltung geben.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. PRINZ (FPÖ) nach dem Stand der Verhandlungen über eine Verlegung der ÖBB-Frachtenbahnhöfe aus dem innerstädtischen Bereich, antwortete Stadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ), daß es derzeit eine sehr gute Gesprächsbasis mit den Österreichischen Bundesbahnen gebe. Derzeit werde unter anderem untersucht, ob das Gelände des Nordbahnhofes in einem oder in zwei Teilen an die Stadt Wien übergeben werden soll. An- oder Umsiedlungen im Bereich des Nordbahnhofes solle es nicht mehr geben. Das Verkehrsministerium habe zur Kenntnis genommen, daß die Stadt Wien über dieses Gelände eine Bausperrre verhängen werde. Was die Auflassung von Frachtenbahnhöfen im Wiener Stadtgebiet betrifft, müßten noch weitere Gespräche mit den Bundesbahnen stattfinden. Innerstädtische Bereiche sind nach Ansicht von Stadtrat Swoboda zu schade für zentrale Frachtenbahnhöfe.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. Elisabeth DITTRICH (SPÖ) zum Thema PET-Flaschen sagte Umweltstadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ), das Problembewußtsein sei diesbezüglich in größeren Städten naturgemäß am stärksten ausgeprägt. Bei derzeit rund 50 Millionen Stück auf dem österreichischen Markt — mit steigender Tendenz — dürfe man nicht den Ist-Zustand als Maßstab nehmen. Der Einfluß der PET-Flaschen sei im Hinblick

auf die Müllmengen perspektivisch dramatisch einzuschätzen, und die ökonomischen und ökologischen Vorteile der Glas-Mehrweggebinde seien unbestritten. Die Handlungsinstrumente der Länder zur Verhinderung dieses Schrittes in die falsche Richtung seien eingeschränkt; die Einführung eines Pfandsystems für alle Einweggebinde liege in der Kompetenz des Bundes. Im Rahmen der Bundesländer bestehe diesbezüglich ein breiter Grundkonsens.

Man müsse, sagte StR. Dr. HÄUPL auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. RIEPL (SPÖ) die „Umweltfreundlichkeit“ der sogenannten schadstoffarmen Batterien differenziert betrachten. Grundsätzlich sei jede Batterie ein Chemikalienbehälter, und die „Umweltfreundlichkeit“ beziehe sich nur auf die Verringerung des Quecksilbergehaltes. Batterien beinhalten immer noch keine harmlosen Substanzen und dürfen, auch wenn ein großes Handelsunternehmen Werbung in dieser Richtung mache, nicht mit dem Hausmüll entsorgt werden. Es gelte nach wie vor die Forderung nach einem Pfandsystem, gekoppelt mit einem Entsorgungsbeitrag. Die Kooperation der Stadt Wien mit der Wiener Handelskammer habe sich zu einem Modell für Bestrebungen im Rahmen des Umweltschutzes entwickelt. Und Wien sei, im Gegensatz zum Bund, dabei um ein gutes Stück weitergekommen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. Dr. PETRIK (ÖVP), wie hoch der Stand der Wohnbauförderungsrücklage mit Stichtag 25. November 1988 sei und wie diese Gelder veranlagt seien, sagte Stadtrat EDLINGER, daß die Gesamtrücklagen im Wohnbaubereich 5,3 Milliarden Schilling betragen. Sie sind zu einem Zinssatz von 5 bis 5 1/4 Prozent bei verschiedenen Banken veranlagt. Den Rücklagen stehen allerdings Verpflichtungen im Wohnbaubereich von 18,2 Milliarden gegenüber. Edlinger bezeichnete für die kommenden Jahre ein weiteres Ansteigen der Rücklagen als notwendig. Ungewiß seien bis jetzt die Auswirkungen der 1989 in Kraft tretenden Steuerreform.

Novelle zum Wiener Schulgesetz

Landeshauptmann-Stellvertreter Ingrid SMEJKAL (SPÖ) beantragte eine Novelle zum Wiener Schulgesetz als Ausführungsregelung zur 10. Novelle zum Bundesschulorganisationsgesetz. Durch diese Novelle werden schulstufenweise Teilungszahlen für die Unterrichtsgegenstände Technisches Werken, Textiles Werken und Geometrisches Zeichnen eingeführt und eine flexiblere Semesterferiengestaltung ermöglicht.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Schluß) red

Forts. von Blatt 2412

Pasterk: Shakespeare-Zyklus im „Kreis“ gesichert

Wien, 30.11. (RK-KULTUR) Als nicht mehr aktuell, sondern von den Geschehnissen der letzten zehn Tage überholt, bezeichnete Kulturstadträtin Dr. PASTERK die „Basta“-Geschichte vom Abgang George TABORIs aus Wien. Sie habe G. Tabori bei ihrem letzten Telefonat am Montag, dem 28.11., bereits davon in Kenntnis gesetzt, daß alle finanziellen Probleme im Zusammenhang mit der Realisierung des Shakespeare-Zyklus im Theater „Der Kreis“ nunmehr ausgeräumt seien.

Damit konnte das Tabori vor einigen Wochen gegebene Versprechen — mit der Hilfe von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Vizebürgermeister Hans MAYR — eingelöst werden.

Die Stadt Wien zeige damit, wie sehr ihr George Tabori und seine Arbeit im „Kreis“ am Herzen liegen. (Schluß) gab/bs

Wiener Reichsbrücke: Abdeckplatte bei Fußgängerübergang löste sich

Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Vom Permanenzingenieur wurde festgestellt, daß sich auf dem stromabwärts befindlichen Fußgängerweg der Reichsbrücke eine Abdeckplatte aus Beton (Eigengewicht zirka 200 Kilogramm) gelöst hat. Die sofort durchgeführte Überprüfung ergab einen Bruch der Aufhängung als Ursache; es wurde auch sofort eine Überprüfung der weiteren Platten vorgenommen, die keine Anhaltspunkte für weitere Brüche und eine unmittelbare Gefährdung ergab.

Dennoch hat die Magistratsabteilung 29 über Veranlassung von Verkehrsstadtrat Johann HATZL in den letzten Stunden eine erneute Überprüfung vorgenommen und ist zur Auffassung gelangt, daß zur Verstärkung der Befestigung eine zusätzliche Halterung notwendig ist. Stadtrat Hatzl hat, um keine wie immer geartete Gefährdung von Passanten zu riskieren, die Sperre beider Fußwege angeordnet, die ab sofort erfolgt.

Auf dem wettergeschützteren, stromabwärts gelegenen Fußweg wird die Abschränkung eines zirka einen Meter breiten Weges durchgeführt; die Herstellung der entsprechenden Leiteinrichtungen wird allerdings etwa eine bis eineinhalb Wochen in Anspruch nehmen. Bis dahin werden folgende Verkehrsmaßnahmen getroffen:

- Fußgänger können aus der Richtung Vorgartenstraße bzw. UNO-City die U-Bahn kostenlos zur Überquerung der Donau beziehungsweise zur Erreichung der Donauinsel benützen.
- Radfahrern steht die Fahrbahn für die Kraftfahrzeuge zur Verfügung, wobei die Polizei von Stadtrat Hatzl ersucht wurde, umfassende Geschwindigkeitskontrollen der Kfz durchzuführen. Selbstverständlich können die Radfahrer auch die Abfahrtsrampen zur Donauinsel benützen.

Wie Stadtrat Hatzl gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ betonte, seien diese weitreichenden Maßnahmen, in deren Gefolge eine Überprüfung und Zusatzbefestigung bei allen rund 4.000 Abdeckplatten erfolgen wird, schon im Interesse der Sicherheit der Passanten als Vorbeugungsmaßnahme geboten und werden unverzüglich in Angriff genommen. (Schluß) pz/rr

Wiener „High Sweet Tech“ für Japan

Kur-Konditorei Oberlaa expandiert nach Japan

Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) In wenigen Monaten wird es in Japan die erste „Filiale“ der Kur-Konditorei Oberlaa geben. Vor kurzem wurde in Wien eine Franchise-Vereinbarung geschlossen, in der einer japanischen Lebensmittelkette das Recht eingeräumt wird, Oberlaaer Originalrezepte, den Namen „Kurcafe-Konditorei Wien-Oberlaa“ und das Original-Markenzeichen zu verwenden.

Die Oberlaaer „Filiale“ in Fukuoka, der fünftgrößten Stadt Japans, wird so gestaltet, daß sie dem Vorbild, dem Stadthaus Neuer Markt 16, möglichst nahe kommt. Tische, Sessel, Beleuchtungskörper, aber auch Tapeten und Bilder werden dem Original entsprechen. Die japanischen Zuckerbäcker werden in Wien eingeschult, dem Kurbetrieb Wien-Oberlaa steht das Recht zu, zweimal jährlich Qualität und Gebarung der japanischen Betriebe zu überprüfen. Vorerst erhalten der Kurbetrieb-Oberlaa eine pauschale Abgeltung von 500.000 Schilling, ab 1990 sollen jährlich Lizenzgebühren nach Wien fließen.

Die japanischen Partner sind die Konditorei „Grüß Gott Co Ltd“ und die „Fugetsu Foods Co Ltd“, die eine Reihe von Restaurants, Bäckereien und Konditoreien betreibt und zu den führenden Unternehmen Japans im Bereich Backwaren und Konditorei-Produkten zählt. Der heurige Umsatz wird wahrscheinlich 4,5 Milliarden Yen (ca. 453 Millionen Schilling) betragen. (Schluß) red/rr

Wiener Gemeinderat

Wohnbau und Stadterneuerung

Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Anschließend an die Sitzung des Landtages setzte der Gemeinderat die Budgetdebatte fort.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erinnerte an die großartigen Bauleistungen der Stadt Wien in der Zwischenkriegszeit und beim Wiederaufbau. Heute befänden wir uns in der Phase der Stadterneuerung, die auch für die kommunalen Bauten gelte. Allerdings stünden wir, so Pawkowicz, vor einer Fehlentwicklung. Neben dem Magistrat entstünden eine Vielzahl neuer bürokratischer Apparate, wie etwa der Stadterneuerungsfonds, der durch explodierende Personalkosten gekennzeichnet sei. In diesem Zusammenhang kritisierte Pawkowicz das Auseinanderklaffen der Bezahlung für gleichartige Tätigkeiten im Fonds und in der Stadtverwaltung.

Die Baubetreuung für den Karl-Marx-Hof sei bedenklich. Stadtrat Edlinger sei juridisch befangen, da er gleichzeitig als Auftraggeber wie als Auftragnehmer agiere. Das Verschweigen dieser personellen Verflechtung halte er nicht für richtig, sagte Pawkowicz. Weiters kritisierte Pawkowicz den Kostenrahmen für die Sanierung des Karl-Marx-Hofes. Noch vor einem Jahr sei der Kostenrahmen bei 200 Millionen Schilling gelegen, jetzt spreche man von 400 Millionen. Außerdem könne er nicht verstehen, wie eine „abenteuerliche Firmenkonstruktion“ echte Gemeindeaufgaben, wie die Mieterbetreuung, übernehme. Es sei daher zu befürchten, daß die Stadterneuerung gerade am Beispiel des Karl-Marx-Hofes in eine Sackgasse gerate.

GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) nahm einleitend zu Baubetreuungshonoraren für verschiedene Projekte Stellung, darunter beim Karl-Marx-Hof. Dort habe sich nach eingehender Überprüfung herausgestellt, daß das Honorar durch die Gebührenordnung gedeckt sei. Bei der beabsichtigten Renovierung des Rabenhofes sei zu kritisieren, daß bereits in den letzten Jahren auf Kosten der Mieter verschiedene Renovierungen durchgeführt wurden, während jetzt eine umfassende Gesamtsanierung stattfindet. Die Verantwortlichen hätten dies im voraus wissen müssen.

Vor Inkrafttreten der Steuerreform finde derzeit ein Bauboom statt, sagte Mandahus. Trotzdem war der Sockel der Arbeitslosigkeit auch im Sommer hoch. Ende August 1988 verzeichneten die Bauunternehmer die beste Geschäftslage seit 15 Jahren, doch sei die Auslastung nur für kurze Zeit gesichert. Die Steuerreform werde einen zusätzlichen Einbruch bei den Arbeitslosen bringen. Demgegenüber stehen, so Mandahus, „Jubelmeldungen“ über die Auswirkungen des Wohnhaussanierungsgesetzes. Die gemeldeten Beträge seien zu hoch gegriffen, und nur ein geringer Teil werde auch tatsächlich wirksam. Dazu komme, daß die Gemeindebauten bei der Mittelvergabe bevorzugt würden, während von den privaten Firmen niemand wisse, wann mit der Mittelzuteilung zu rechnen sei. Das nehme den Unternehmern die Dispositionsmöglichkeit und verzögere Baubeginne.

Die Stadterneuerung, sagte GR. KAMMERER (SPÖ), entwickle sich sowohl im städtischen Wohnbau als auch auf privatem Sektor besonders intensiv. So habe das Investitionsvolumen 1988 mehr als 3,5 Milliarden Schilling erreicht, und bis 1990 würden in den sechs Jahren seit dem Wirksamwerden des neuen Wohnbauförderungs- und Sanierungsgesetzes rund 14 Milliarden Schilling Investitionsvolumen erreicht sein. Die Stadt Wien habe durch die Einrichtung der „Kummernummer“ und der Mobilien Gebietsbetreuung vor zwei Jahren erreicht, daß ohne zusätzliche gesetzliche Maßnahmen Spekulationen verhindert worden seien, und eine sanfte Stadterneuerung praktiziert werde. Der Stadterneuerungsfonds habe bis September 1988 insgesamt 3.505 Anträge bearbeitet und 1.754 Objekte zur Förderung empfohlen. Zu den Differenzen über die Tätigkeit der Gesell-

Forts. von Blatt 2417

schaft für Stadt- und Dorferneuerung sagte Kammerer, er könne sich vorstellen, daß die MA 24 die Betreuung derartiger Vorhaben übernehme, zumal sie beispielsweise im Karmeliterviertel besonders erfolgreich tätig sei.

GR. KIRCHNER (FPÖ) kritisierte, daß in Wien 1989 zwar die Gebühren um insgesamt 1,2 Milliarden steigen werden, daß aber im Wohnungsbau und bei der Instandhaltung zugleich Investitionsrückgänge eintreten. Weiters wandte er sich gegen die Modalitäten bei der Sanierung des Karl-Marx-Hofes, bei der die Bauaufsicht und die Baubetreuung mit insgesamt 28 Millionen zu teuer seien, und die Mieterbetreuung nicht ausreichend sei. Weitere Kritikpunkte: die Vergabe von Reihenhäusern in Floridsdorf-Schwarzlackenau an Politiker, die Einhebung des Beitrages der Mietervereinigung durch die MA 52 und mangelhafte Sanierungsmaßnahmen bei Gemeindebauten.

GR. FUCHS (ÖVP) erklärte, daß die Ankündigung von Stadtrat Edlinger, daß mit der Wohnpolitik den sozial Schwächsten geholfen werden solle, bis heute nicht verwirklicht worden sei. Was die Gemeindewohnungen betreffe, würde das verminderte Bauvolumen der bestehenden Nachfrage bei weitem nicht gerecht. Besonders zu bedauern seien jene 2.500 Familien, die bereits seit drei Jahren auf eine Wohnung warten. Es gebe weder einfache und billige Wohnungen für Obdachlose, noch könne vielen Familien, die in gesundheitsschädlichen Wohnungen leben, geholfen werden. Die Erhöhung der Einkommensgrenzen bei den Vergaberichtlinien habe die Situation noch zusätzlich verschlechtert.

Fuchs übte grundsätzliche Kritik an der Vergabe von Gemeindewohnungen. Diese würden nach wie vor nach undurchschaubaren Kriterien vergeben, soziale Härtefälle würden zu wenig berücksichtigt. Eine solche Politik sei sicherlich keine soziale Wohnpolitik.

Es sei ungeheuerlich, betonte Fuchs, daß Politiker durch Protektion billige Reihenhäuser erhielten. Um diesen Zustand in dem konkreten Fall von Einfamilienhäusern der Wohnbaugenossenschaft „Heimbau“ im 21. Bezirk zu beenden, brachte Fuchs den ANTRAG ein, den Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Wien und der „Heimbau“ aufzulösen und die betreffenden Grundstücke in das Eigentum der Mieter zu übertragen.

Bezüglich der Vergabe von Gemeindewohnungen brachte GR. Fuchs einen zweiten ANTRAG ein, der eine Dezentralisierung der Vergabe durch überparteilich zusammengesetzte Bezirks-Wohnungskommissionen und eine Objektivierung der Vergaberichtlinien fordert.

Da eine Hortung von Gemeindewohnungen nicht Aufgabe der Stadt Wien sein könne, sei eine Privatisierung notwendig, betonte Fuchs. Hier sei Mut zum Umdenken gefordert. Der Verwaltungsapparat sei derzeit nicht einmal in der Lage, die Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes einzuhalten, da in vielen Wohnhausanlagen noch immer nicht die Nutzfläche zur Berechnung des Mietzinses herangezogen werde und daher zu hohe Mieten eingehoben würden. Insgesamt gesehen, habe es die versprochene Weiterentwicklung im Wohnbereich nicht gegeben.

Der soziale Wohnbau in Wien, besonders der der Zwischenkriegszeit, sei von den Sozialdemokraten geprägt worden, betonte GR. PRAMEL (SPÖ). Nun gehe es darum, die Wohnungen der Zwischenkriegszeit zu modernisieren und zeitgemäß auszustatten. Die Stadterneuerung sei erfolgreich angelaufen, die Mieterbetreuung habe sich bewährt, und der Personalkostenanstieg beim Stadterneuerungsfonds sei durch die Mehrarbeit gerechtfertigt. Das Winterprogramm im Bereich der Stadterneuerung laufe erfolgreich an, Aufträge wären genug da, aber zahlreiche Baufirmen würden während der Winterzeit zusperren. Pramel sprach sich gegen diese Praxis aus.

Den Vorwurf der FPÖ, daß es im Bereich der Stadterneuerung zu einer Fehlentwicklung komme, wies StR. EDLINGER (SPÖ) entschieden zurück.

Forts. auf Blatt 2419

Im Stadterneuerungsfonds sei es gelungen, einen breiten Konsens zu finden. Der Fonds sei unbestritten auch bei allen Fachleuten, die Angriffe der FPÖ seien lediglich parteipolitisch zu werten. Bei der Sanierung des Karl-Marx-Hofes sei er nicht befangen, betonte Edlinger, und den Angriff der FPÖ, daß hier eine Unvereinbarkeit vorliege, müsse er schärfstens zurückweisen. Außerdem jongliere FPÖ-Stadtrat Pawkowicz mit falschen Zahlenmaterialien. 200 Millionen Schilling entfallen auf die hausseitigen Sanierungsmaßnahmen, 60 Millionen seien für Aufzugseinbauten vorgesehen, und die wohnungsseitigen Verbesserungen werden auf derzeit rund 80 Millionen geschätzt. Auch die Architektenkammer sei der Meinung, daß die Baunebenkosten mit elf Prozent an der angemessenen Untergrenze liegen. Laut Verordnung seien sogar Baunebenkosten bis zu 30 Prozent möglich. Die ablehnende Haltung der FPÖ zur geplanten Sanierung des Karl-Marx-Hofes sei ihm auch deshalb unverständlich, sagte Edlinger, da der Gemeinderat erst im Mai und Juni einstimmig Baubetreuungsverträge nach dem selben Schema wie jetzt für den Karl-Marx-Hof beschlossen habe.

Die derzeit gute Lage der Bauwirtschaft sei sicher auch auf Vorweginvestitionen, bedingt durch die Steuerreform, zurückzuführen. Der Einnahmehinfall aus dieser Reform und der Änderung der Bundeswohnbauförderung im Gesamtausmaß von zwei bis drei Milliarden Schilling schränke die Dispositionsfähigkeit der Stadt Wien ein. Dennoch werde im Zeitraum von 1987 bis 1990 eine Gesamtsumme von rund 14 Milliarden in der Stadterneuerung bauwirksam.

Der Einsatz öffentlicher Mittel erfordere auch öffentliche Kontrolle, betonte Edlinger. Er teile die Forderung von Bürgermeister Dr. Zilk nach einer Transparenz des Flusses der Förderungsmittel im Wohnbau. Diese Kontrolle dürfe sich aber nicht nur auf kommunale und gemeinnützige Wohnbauvorhaben beschränken, auch jeder Private, der öffentliche Mittel in Anspruch nehme, müsse sich der Kontrolle stellen. Er selbst, so Edlinger, werde in nächster Zeit alle drei Fraktionen des Gemeinderates zu Gesprächen einladen, wie eine derartige Verfahrenskontrolle durchgeführt werden könnte.

Die Forderung der ÖVP nach einer Privatisierung von Gemeindewohnungen wies Edlinger zurück. Würde die Gemeinde ihre Wohnungen verkaufen, könnte sie ihrer sozialen Aufgabe, sozial Schwachen günstige Wohnungen zur Verfügung zu stellen, nicht mehr nachkommen. Er trete auch mehr für eine Subjektförderung ein, damit keine „Ghettos“ im kommunalen Wohnbau entstehen können.

Zum ÖVP-Vorschlag, Gemeindewohnungen ins Eigentum von Mietern zu übertragen, erklärte GR. Dr. PETRIK (ÖVP), Stadtrat Edlinger sei nicht bereit, sich näher mit der Frage zu befassen, denn sonst könnte er nicht behaupten, daß nach einer Privatisierung kein Sozialkapital vorhanden wäre. Nach den Vorstellungen der ÖVP solle es sich um Altgemeindewohnungen handeln, die zinsgünstig und de facto überhaupt die einzigen Sozialwohnungen der Stadt seien. Die Einweisungspolitik habe es mit sich gebracht, daß eine gewisse Einkommenshomogenität der Mieter entstanden sei, sodaß man davon ausgehen könne, daß bei der Übertragung ins Eigentum keinesfalls die Sozialkomponente vernachlässigt würde. Bei den Einkommensgrenzen dürfe man keine Legendenbildung entstehen lassen. Tatsächlich sei nämlich die Erhöhung der Einkommensobergrenzen für die Vormerkung angesichts der Unmöglichkeit vorgenommen worden, den Nittel-Hof zu vermieten. Die ÖVP verlange seit Jahren eine objektive Vergabe von Gemeindewohnungen durch eine Bürgerkommission. Die SPÖ sei nun immerhin mit den Wohnungskommissionen nachgezogen. Die SPÖ-Bezirksvorsteher vergäben aber nach wie vor in ihren Bezirken Altgemeindewohnungen. Man sollte sich überlegen, wie eine objektive, dezentralisierte Vergabe organisiert werden könnte.

Forts. von Blatt 2418

Forts. auf Blatt 2420

Zur Diskussion über den Verkauf städtischer Wohnungen sagte StR. EDLINGER in einer zweiten Wortmeldung, eine Fesselstudie aus dem Februar 1987 decke sich mit den Erfahrungen der Stadt Wien, wonach das Interesse am Kauf von Gemeindewohnungen proportional zur preislichen Annäherung an den Marktwert der Wohnungen sinke. Dies bedeute, daß nur rund ein Prozent der Interessenten auch tatsächlich bereit wären, eine Gemeindewohnung zu ihrem realistischen Wert zu erwerben, und das dies in den meisten Fällen Zweitwohnungsbesitzer wären. Es liege nicht in der Absicht seiner Fraktion, den Bau einer Gemeindewohnung mit dem Verkauf von drei oder vier Wohnungen zu finanzieren.

Eine objektive Vergabe von Gemeindewohnungen sei durch ein Punktesystem nicht gewährleistet, zweifelte StR. Edlinger den Vorschlag der ÖVP an. Man könne Schicksalsschläge und andere Momente im menschlichen Leben nicht durch Punkte bewerten. Er halte die Vormerkscheine und die Wohnungskommissionen für ein taugliches Instrument zur objektiven Vergabe von Gemeindewohnungen und werde eine Transparentmachung der Wohnungsvergabe vor dem Gemeinderat nicht scheuen.

Umwelt, Freizeit und Sport

GR. Mag. KABAS (FPÖ) kritisierte die zu niedrige Dotierung der MA 22. Man dürfe nicht ausgerechnet beim Umweltschutz sparen. Auch das auf der Donauinsel geplante Caravan-Treffen sei für die Umwelt eine Katastrophe. Zur Staustufe Wien sagte Kabas, daß bei einem Baubeginn nach der Weltausstellung die Voraussetzungen möglicherweise besser wären als jetzt. Kabas äußerte sich positiv über die Vorarbeiten am Abfallwirtschaftskonzept, er forderte jedoch auch einen Termin- und Kostenplan für die Altlastenproblematik und die Erklärung des Wienerwaldes zum Bannwald. Auch die Verordnung zum Wiener Luftreinhaltegesetz sei noch ausständig, die Ablehnung der Förderung von Nachrüstkatalysatoren spreche gegen die Wiener Umweltpolitik.

In einem ANTRAG forderte Kabas einen jährlichen Umweltzustandsbericht, mit dem aus allen Messungen aus dem Wiener Raum ein Überblick gewonnen werden könnte.

GR. Dr. NEUBERT (ÖVP) erklärte zum Sportbudget für 1989, daß die Sportvereine und -verbände eine wesentliche Schlechterstellung hinnehmen müßten. Diese Schlechterstellung ergebe sich aus der Aufhebung der kostenlosen Benützung der gemeindeeigenen Sportstätten, aus der linearen Kürzung der Sportförderung für Vereine und Verbände und aus der ständigen Steigerung der Betriebskosten für Sportstätten.

De facto gebe es kein umfassendes Sportkonzept, betonte Neubert. Die Mittel für den Breitensport werden ständig gekürzt, der Seniorensport werde überhaupt nicht berücksichtigt. Darüber hinaus würden die vorhandenen Mittel teilweise falsch eingesetzt. So müßten zum Beispiel Privatschulen die Benützung von Eislaufplätzen und Bädern im Rahmen des Turnunterrichts selbst bezahlen und bekämen diese Kosten nicht durch öffentliche Mittel ersetzt. In diesem Zusammenhang brachte Neubert einen ANTRAG ein, wonach die zusätzlichen Kosten des Turnunterrichts an Privatschulen durch Mittel aus dem Sportförderungsbudget der Stadt Wien zu ersetzen seien.

Neubert kritisierte weiters das Fehlen eines Sportstättenkonzepts. Er brachte dazu einen zweiten ANTRAG ein, wonach ein Sportstättenkonzept für Wien zu erarbeiten sei, in dem vor allem neue Projekte — zum Beispiel der Bau einer neuen Eishalle sowie die Errichtung von Bezirkssportzentren — zu berücksichtigen seien.

Eine im Sommer durchgeführte Umfrage habe ergeben, daß die Wiener Bevölkerung nach der Sicherung der Arbeitsplätze dem Umweltschutz den höchsten Stellenwert zuordne, sagte GR. BRIX (SPÖ). Und die Budget-

Forts. von Blatt 2419

Forts. auf Blatt 2421

ansätze böten die Garantie, daß weiterhin viel für den Umweltschutz und für die Lebensqualität geleistet werde. In diesem Zusammenhang verwies Brix auf die optimal arbeitende Rauchgasreinigungsanlage bei den EBS, die Luftmeßdaten und die verschiedenen Umweltuntersuchungen. Die Lobau stehe unter Naturschutz, die Vorarbeiten für den Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen werden fortgesetzt. Wien werde damit eine der wenigen Großstädte der Welt sein, die innerhalb ihrer Grenzen einen Teil eines Nationalparkes beherbergen.

Probleme gebe es nach wie vor mit den Altlasten. Der Altlastenkataster wurde erstellt, mehrere Altdeponien wurden bereits entsorgt. Wien könne stolz darauf sein, die einzige Sondermüllanlage in Österreich zu betreiben. In diesem Zusammenhang forderte Brix Umweltministerin Flemming auf, dafür zu sorgen, daß auch andere Bundesländer Sonderabfallanlagen installieren. Die Beseitigung des Sondermülls könne nicht Aufgabe der Bundeshauptstadt allein sein.

Bei der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts seien Fortschritte erzielt worden.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) sagte, für die Bevölkerung sei es noch nicht beruhigend, daß Wien einen Altlastenkataster besitze. Sie könnte erst dann ruhig schlafen, wenn die Altlasten saniert sind.

Es gebe nach wie vor keinen Gesamtüberblick über die Umweltausgaben, kritisierte Hawlik. Das Budget enthalte auch keine neuen umweltpolitischen Schwerpunkte, sondern sei nur eine Fortschreibung. Doch angesichts der Umweltprobleme bedeute eine Fortschreibung die Verschärfung dieser Probleme, denn was wir heute nicht reparieren, könnte morgen vielleicht schon nicht mehr finanzierbar sein. Bei der Sanierung der 213 Altlasten gebe es keine Prioritätenreihung. Vielmehr werde nach dem „Feuerwehrprinzip“ dort eingegriffen, wo es gerade am dringendsten sei. In einem ANTRAG verlangte Hawlik, die Gemeinde Wien möge ehestens eine Untersuchung über die Gefährdungsabschätzung beziehungsweise über die Auswirkungen eines allfälligen Kraftwerkbaues Wien sowie einer Dotation der Lobau in Auftrag geben.

Der von der ÖVP vor gut zehn Jahren geforderte Grünlandfonds sei im Budget nicht zu finden. Für einen Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen gebe es für den Bereich Lobau keine konkreten Ansätze, und es existiere auch noch immer keine Lobauverordnung. Der neugeschaffene Müllausschuß sei mit dem Abfallwirtschaftskonzept zu einem Zeitpunkt konfrontiert worden, als bereits 40.000 Mülltonnen gekauft und die Erhöhung der Deponiegebühr beschlossen waren. Das Müllkonzept enthalte auch bloß einen Ist-Zustand, jedoch keine Zukunftsperspektiven für Flötzersteig, EBS und Spittelau.

Hawlik begrüßte die Vorgangsweise des Umweltstadtrates im Zusammenhang mit der Novellierung des Baumschutzgesetzes, das überarbeitet und mit den Betroffenen beraten wurde. Unglaublich sei die Stadt Wien dort, wo es um die vorbildhafte Anschaffung von umweltfreundlichen Produkten gehe. Beispielsweise werde immer noch kein umweltfreundliches Toilettenpapier verwendet.

Die Sanierung und Erweiterung des Baumbestandes in Wien, sagte GR. Maria PAUL (SPÖ), sei eine wichtige kommunale Aufgabe. 1987 seien 1,7 Millionen Bäume gepflanzt worden. Neuaufforstungen habe es in den Bezirken 10, 18, 19, 20, 21 und 23 gegeben. Auch die Begrünung der Innenhöfe gehe zügig voran, derzeit gebe es schon rund 900 im Rahmen dieser Stadt Wien-Aktion gestalteten Höfe. Der Stadt Wien sei es im Rahmen der Begrünungsaktionen nicht nur um eine Verbesserung des Grünangebotes und eine Schließung des Wald- und Wiesengürtels, sondern auch um die Schaffung neuer Freizeiträume zu tun.

Im Rahmen der Sportförderung werde es 1989 eine Reihe neuer Aktionen

Forts. von Blatt 2420

Forts. auf Blatt 2422

wie die Unterstützung von Sport-Neigungsgruppen in Schulen durch vom Sportamt bezahlte Trainer und ein neues Sportkonzept für Frauen, das vor allem Mütter mit Kindern im Kindergarten- oder Vorschulalter zum Sport motivieren sollte, geben. Auch eine Reihe großer Sportveranstaltungen wie die Judo-Mannschafts-WM im Oktober werden 1989 in Wien durchgeführt.

Mit dem Bau des Simmeringer Bades ist das aus dem Jahr 1968 stammende Bäderkonzept erfüllt. Es gehe nun um die Verbesserung bestehender Bäder. Zu diesem Zweck wurde eine ARGE-Bäder gegründet, deren erste Sitzung sich mit behinderten- und familienfreundlichen Ausstattungsmaßnahmen beschäftigt.

StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) wies auf die zukunftsweisende Bedeutung des Abfallwirtschaftskonzeptes hin. Es sei notwendig, durch Abfallvermeidung und Recycling die Belastung der Deponien und der Müllverbrennung — die immer ihren Anteil an der Abfallwirtschaft haben werde — zu vermindern. Im übrigen sei Wien auch in der Rauchgasreinigung führend.

Zur Altlastensanierung sagte Häupl, daß es hier nicht nur den Kataster, sondern auch reale Maßnahmen gebe und daß auch eine Prioritätenliste vorhanden sei. Die Finanzierung der Altlastensanierung sei ein Problem, generell müsse man in dieser Frage bundesländerüberschreitend denken.

Häupl bekannte sich zum Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen, dessen Verwirklichung allerdings noch einige Zeit brauchen könne. Wien müsse bis dahin eigenständige Maßnahmen zum Schutz der Lobau treffen.

Der Wiener Forstverwaltung sei es, auch durch Maßnahmen im Bereich der Wildbewirtschaftung, gelungen, wichtige Schritte gegen das Waldsterben zu setzen. Da Wien nur sechs Prozent Wienerwaldanteil habe, müssen dessen Probleme gemeinsam mit Niederösterreich gelöst werden. Generell seien die bevorstehenden Verordnungen gegen Luftschadstoffe wichtige Maßnahmen auch gegen das Waldsterben. Häupl wies schließlich darauf hin, daß die Stadt Wien auch in der Beschaffungspolitik umweltfreundliche Schritte setze.

Kein Verständnis bringe er für den Vorwurf auf, daß in Wien parteipolitische Sportpolitik betrieben werde, sagte Häupl. Generell bekannte er sich zu mehr punktueller Sportförderung und weniger „Gießkanne“, um damit den Bedürfnissen der Sporttreibenden, aber auch des Publikums in Wien gerecht zu werden.

Verkehr und Energie

GR. ZEIHSEL (FPÖ) erklärte, daß bei der Verbesserung des Leistungs- und Komfortangebots der öffentlichen Verkehrsmittel viel zu zaghaft vorgegangen werde. Es sei zwar erfreulich, daß im Budget 1989 mehr Investitionsmittel für den Bau der U 3 und U 6 vorgesehen seien, es blieben aber noch etliche Wünsche offen: Die FPÖ fordere eine Verlängerung der U 1 bis Leopoldau beziehungsweise im Süden bis zum Kurzentrum Oberlaa, eine Verbindung vom Reumannplatz zum Wienerberg und eine Verlängerung der U 4 bis Auhof und Mariabrunn. Zusätzlich müßten Park-and-Ride-Flächen geschaffen und die U-Bahn-Stationen behinderten- und familiengerecht ausgebaut werden.

Zeihsel forderte, man solle das Taxi als wesentlichen Beitrag im öffentlichen Verkehrsangebot akzeptieren und den Taxiverkehr vor allem im Zentrum aufwerten. Dazu brachte Zeihsel einen ANTRAG ein, wonach zu den Tagesrandzeiten — vor allem in den späten Abendstunden — probe-weise Linientaxis anstelle von Bussen betrieben werden sollten. Dies könnte zu einer entscheidenden Entlastung der Verkehrsbetriebe führen.

Die Radfahrer, betonte Zeihsel, müßten am meisten gefördert werden, weil sie die Umwelt am wenigsten belasten. Die für Radwege vorgesehenen Mittel seien viel zu gering. Zeihsel kritisierte weiters Organisations- und

Forts. von Blatt 2421

Forts. auf Blatt 2423

Informationsmängel bei den Verkehrsbetrieben, forderte einen zentralen Hauptbahnhof mit optimaler Anbindung an die innerstädtischen Verkehrsmittel und betonte die Wichtigkeit von Lärmschutzmaßnahmen entlang der ÖBB-Trassen.

GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) verwies darauf, daß Anfang September die 2. Phase des Verkehrsverbundes Ost-Region in Kraft getreten sei. Einige kleine Korrekturen müßten noch durchgeführt werden. Der VOR rege sicherlich zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr an. Leider werde die von der SPÖ im Alleingang beschlossene Tarifierhöhung um fast 8 Prozent dieser Tendenz entgegenwirken.

Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau kritisierte Regler, daß entgegen dem einstimmigen Wunsch der Anrainerbezirke bei der Betriebsaufnahme der U 6 die Straßenbahnlinie 8 eingestellt werden soll. Für die geplante Weltausstellung sollte man raschest Überlegungen anstellen, ob die U 6 nach Floridsdorf verlängert werden könne. Und Regler monierte den Einbau von Aufzügen bei den U-Bahn-Stationen, damit auch Behinderten die Benützung dieses Transportmittels ermöglicht werde.

Zur Bewältigung der Probleme im Individualverkehr müßte das Park-and-Ride-Konzept bald verwirklicht werden. Regler erinnerte an den faktischen Verkehrstillstand am „Ungarnmontag“. Für die Wohnbevölkerung sollten in den Blauen Zonen Parkpickerln eingeführt werden, wie dies auch nach der StVO möglich sei. Dieses Parkpickerl dürfe nicht an administrativen Vorbehalten scheitern. Auch für den Fahrradverkehr müsse mehr getan werden.

GR. SEVCIK (SPÖ) gab einen Überblick über Aktivitäten mehrerer Dienststellen dieses Ressorts. So werde die für die öffentliche Beleuchtung zuständige Dienststelle einschließlich der Instandhaltung der öffentlichen Uhren 175 Millionen ausgeben, wovon allerdings 135 auf Stromkosten entfallen. Für verschiedene Projekte, darunter Wienerberg, Kolbegasse und Maxingstraße, werden 27,3 Millionen aufgewendet.

Das Brückenbudget verlagere sich zunehmend vom Neubau zur Instandhaltung. An die zentrale Verkehrsüberwachung werden neue Ampelanlagen angeschlossen werden. Der Verkehrssicherheitscomputer, mit dem besonders unfallträchtige Kreuzungen erfaßt werden, hat zu einer Reduzierung der Zahl der Unfälle und der Verletzten geführt.

An wichtigen Straßenbauprojekten im kommenden Jahr nannte Sevcik unter anderem den Umbau der Freyung und der Verbindung des Pratersterns mit dem Elderschplatz. Es dürfe keine autogerechte Stadt geben. Der öffentliche Verkehr müsse Vorrang genießen, schloß Sevcik.

Der U-Bahn-Bau in Wien sei von Kostenbewußtsein, verkehrspolitischen und umweltverbessernden Intentionen und sorgfältiger Planungsarbeit getragen, sagte GR. HUMMEL (SPÖ). Rund 42 Prozent des gesamten Wiener Investitionsbudgets entfallen 1989 auf den U-Bahn-Bau. Die Fertigstellung der U 6-Strecke Friedensbrücke-Heiligenstadt-Philadelphia-Brücke werde das Wiener U-Bahn-Netz auf 42 Kilometer vergrößern. Zur Diskussion um die Einstellung der Straßenbahnlinie 8 sagte Hummel, daß diese unumgänglich sei, weil bei einer Parallelführung von U-Bahn und Straßenbahn der Bundesanteil an der Finanzierung wegfielen.

In den letzten fünf Jahren habe sich die Zahl der U-Bahn-Fahrgäste vervielfacht, von 62 Millionen auf 198 Millionen, das ist rund ein Drittel der Gesamtfahrgastzahlen der Wiener Verkehrsbetriebe.

StR. HATZL sagte, daß es im kommenden Jahr im Straßenbau trotz der Reduzierung der Bundesstraßenbauvorhaben zu wichtigen Maßnahmen kommen werde; ebenso bei der Erhaltung der Brücken und beim Radwegbau, der 1989 doppelt so hoch dotiert ist wie 1988. Im Bereich des U-Bahn-Baus wird die U 6 bis zur Philadelphia-Brücke fertiggestellt, an der

Forts. von Blatt 2422

Forts. auf Blatt 2424

U 3 werden wichtige Innenausbauarbeiten im Bereich Landstraße — Innere Stadt und Rohbauarbeiten im Bereich der Mariahilfer Straße durchgeführt.

Zur vorgenommenen Sperre der Fußwege der Reichsbrücke sagte Hatzl, daß dies eine Sicherheitsmaßnahme sei, um eine umfassende Prüfung der Platten und Halterungen in diesem Bereich vorzunehmen. Hatzl wies darauf hin, daß im U-Bahn-Bau bestimmte Verlängerungen die von der FPÖ gefordert wurden, derzeit nicht finanzierbar seien. Die Mitbenützung von Busspuren durch Taxis könne er sich vorstellen, wenn ein Busspurnetz, das aber viele Stellplätze koste, eingerichtet sei. Die vorgeschlagene Auflassung von öffentlichen Verkehrslinien am Abend wäre aber eine Verschlechterung, zu der er nein sage. Verkehrsvorbereitungen zur Weltausstellung werden natürlich — für die Gäste Wiens und die Wiener selbst — getroffen. Die Auflassung der Linie 8 sei durch die Einrichtung der U 6 — noch dazu mit allen begleitenden Maßnahmen — mehr als gerechtfertigt. Für den Bau einer U 4-Station Reinprechtsdorfer Straße sei die Beteiligung des Bundes eine Voraussetzung.

Schließlich wies Hatzl darauf hin, daß für die künftige Bewältigung des Autoverkehrs in Wien die Mithilfe der Bezirke bei Garagenprojekten vor allem für die Anrainer nötig sei. Generell sollte es mehr Kompetenzen für die Länder auch in bezug auf die Bundesstraßen geben.

Schlußwort Vizebürgermeister Mayr

In seinem Schlußwort dankte Vizebürgermeister MAYR dem Gemeinderat für die konstruktive Debatte. Diese sei in den letzten drei Tagen mit viel Sachkenntnis und großem Engagement geführt worden.

Abstimmung

Das Budget 1989 und der Gebührenspegel wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Der Finanz- und Investitionsplan 1989 bis 1993 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die in der Debatte eingebrachten Anträge wurden einstimmig zugewiesen.

Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1989

Stadtrat HATZL legte den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für 1989 vor. Dieser sehe eine weitere Erhöhung der Investitionen auf 3,8 Milliarden Schilling vor, was eine Steigerung um fast zehn Prozent bedeute. Ein wesentlicher Teil dieser Investitionen, die zu mehr als zwei Drittel von den E-Werken bestritten werden, kämen dem Umweltschutz zugute.

1989 sei die Tilgung von Schulden in der Höhe von rund 1,6 Milliarden Schilling geplant. Die Fremdmittelaufnahme werde im kommenden Jahr mit rund 841 Millionen Schilling deutlich geringer sein als im Vorjahr. Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke prognostiziere für 1989 einen Verlust von 382 Millionen Schilling, wobei bei den Gaswerken ein Verlust von sechs Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben ein Verlust von 573 Millionen Schilling und bei der Bestattung ein Verlust von 1,4 Millionen Schilling zu erwarten sei. Die E-Werke rechnen mit einem Gewinn von 162 Millionen Schilling.

Hatzl nannte als Hauptpunkte bei den Investitionen die Umweltmaßnahmen und die Errichtung des Blockes 3/4 im Kraftwerk Simmering, Rohrleitungsinvestitionen bei den Gaswerken sowie Linienverbesserungen und die Neuanschaffung von Wagen und Bussen bei den Verkehrsbetrieben.

Anläßlich des 40jährigen Jubiläums der Gründung der Wiener Stadtwerke im Jänner des kommenden Jahres erinnerte Hatzl daran, wie selbstver-

Forts. von Blatt 2423

Forts. auf Blatt 2425

ständig für den Menschen von heute die Energieversorgung und die öffentlichen Verkehrseinrichtungen geworden seien. Die Wiener Stadtwerke präsentierten sich heute als ein modernes Dienstleistungsunternehmen mit hoher Kundenfreundlichkeit. Die Energieversorgung sei gesichert, das öffentliche Verkehrsnetz leistungsfähig ausgebaut.

In der Energiepolitik nannte Hatzl folgende Schwerpunkte:

- Sicherung einer ausreichenden und umweltverträglichen Energieversorgung
- Sorgsame Nutzung der Energie bei ihrer Gewinnung und ihrem Verbrauch
- Ersetzung von Mineralölprodukten durch andere Energieträger
- Vermehrte Deckung des Wärmebedarfs durch Fernwärme, Erdgas und Strom
- Zunehmender Einsatz erneuerbarer Energien.

Hatzl legte ein umfassendes Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr ab. In den Bereichen, in denen der öffentliche Verkehr leistungsfähiger als der Individualverkehr sei — was zum Beispiel die Beförderungsfrequenz betreffe — müsse eine klare Vorrangsetzung erfolgen.

Abschließend bat Hatzl den Gemeinderat um die Zustimmung zum Wirtschaftsplan 1989, durch den ein verstärktes Engagement im Sinne der Konsumenten und verbesserte Leistungen für die Wienerinnen und Wiener ermöglicht würde.

GR. ZEIHSEL (FPÖ) sprach den engagierten Mitarbeitern der Wiener Stadtwerke seinen Dank aus. Was ihm aber nicht gefalle, sei die Tarifpolitik. Die geringeren Steigerungen des Stromverbrauches führte Zeihsel darauf zurück, daß die Bürger Energie sparen gelernt hätten. Bei der geplanten Tarifreform sollten Großfamilien ohne administrativen Aufwand bevorzugt werden.

Anhand der 100-Jahr-Feier der SPÖ im Gasometer Simmering stellte Zeihsel fest, daß es offensichtlich sehr rasch gelinge, Parkplätze und Haltestellen der Autobusse zu erlangen, wenn die Sozialisten ein Interesse anmeldeten. Er habe bei der Verflechtung von Stadtverwaltung und Partei oft ein ungutes Gefühl. Für die Verkehrsbetriebe forderte Zeihsel eine Vorwärtsstrategie, eine rasche Verwirklichung des Beschleunigungsprogrammes, mehr Pünktlichkeit, bessere Intervalle, günstigere Umsteigemöglichkeiten und attraktive Tarife. Dann könnten auch die Autofahrer zum Umsteigen animiert werden.

Die ÖVP könne dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen, sagte GR. STRATIL (ÖVP). Die verfehlte Tarifpolitik müßten leider die Konsumenten bezahlen. Der Wirtschaftsplan sei wieder das jährliche „Täuschungsmanöver“. Er enthalte eine Fülle von Belastungen, die die Erträge sinken lassen, so etwa zusätzliche Pensionsbelastungen, hauseigene Abgaben und Fantasiepreise für Rohstoffe. Besonders bei den Pensionsrückstellungen seien die Werte, die angeblich nach versicherungsmathematischen Richtlinien erstellt wurden, nicht nachvollziehbar. Ähnliches gelte für die Aufwandszinsen für Ruhe- und Versorgungsbezüge. Stratil brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, wonach die Wiener Stadtwerke künftig nach Abschluß jedes Geschäftsjahres die Pensionslasten detailliert nach Teilunternehmungen aufzuschlüsseln und dem zuständigen Gemeinderatsausschuß vorzulegen hätten. Kritik übte Stratil auch an der Gebrauchsabgabe, die bereits 1,1 Milliarden Schilling erreiche. Der finanzielle Querverbund bei den Stadtwerken diene offensichtlich der Täuschung der Konsumenten. Die Gaswerke verlangen Fantasiepreise von den E-Werken, die Kalkulation sei nicht durchschaubar.

GR. Eleonora HOSTASCH (SPÖ) erklärte, Wien bezeichne sich zurecht als Umweltmusterstadt, habe in diesem Zusammenhang bereits viel geleistet und werde seine Bemühungen weiter fortsetzen. Das Budget der Stadt-

Forts. von Blatt 2424

Forts. auf Blatt 2426

werke bedeute neue Impulse für den Arbeitsmarkt. Die Investitionen dienen nicht zuletzt einer Verbesserung des Umweltschutzes. Bei den Gaswerken werden die Schwerpunkte beim Straßenrohrnetz (244 Millionen Schilling) und bei der Instandhaltung (355 Millionen) liegen. Mit ihrer Förderung von Gasetagenheizungen unterstützen die Gaswerke Maßnahmen in Richtung einer umweltgerechten Stadt. Die Verkehrsbetriebe sind das personalintensivste Unternehmen. Trotz vorsichtigster Gebarung und Zuschüssen der Stadt ist eine Tarifierhöhung notwendig. In das Beschleunigungsprogramm der Verkehrsbetriebe werden im kommenden Jahr 80 Ampeln zusätzlich einbezogen. Im nationalen und internationalen Vergleich, erläuterte Eleonora Hostasch, liegen die Wiener Verkehrsbetriebe in Relation zwischen Netzkarte und angebotenen Liniennetz am günstigsten.

In seinem Schlußwort führte Stadtrat HATZL aus, die Stadtwerke würden Elektroheizungen nicht propagieren, jedoch gegen komfortverbessernde Elektrogeräte nicht zu Felde ziehen. Wenn man familienfreundliche Tarife verlange, dürfe man nicht aus den Augen verlieren, daß bei Aufkommensneutralität andere belastet werden müßten, zum Beispiel alleinstehende Pensionisten. Bei einer guten Wasserführung wollen die E-Werke im kommenden Jahr mehr günstigen Verbundstrom in Anspruch nehmen. Das Unternehmen warte jedoch auf „Sonderangebote“ und habe sich daher noch nicht vertraglich gebunden.

ABSTIMMUNG: Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen, der ÖVP-Antrag wurde einstimmig zugewiesen.

Die Gemeinderatssitzung über das Budget 1989 der Stadt Wien und den Wirtschaftsplan der Stadtwerke endete um 19.35 Uhr.

Neufestsetzung der Deponiegebühren

In einer anschließenden zweiten Sitzung des Gemeinderates beantragte GR. BRIX (SPÖ) die Neufestsetzung der Deponiegebühren.

GR. Mag. KABAS (FPÖ) wies darauf hin, daß dies die vierte Erhöhung im Bereich der Entsorgungsgebühren innerhalb von zwei Jahren sei. Die Müllbeseitigung bringe der Gemeinde Wien Gewinne, sollte aber lediglich kostendeckend geführt werden. Die Erhöhung habe nichts mit den Grundsatzüberlegungen zu einem Abfallwirtschaftskonzept zu tun.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) wandte sich ebenfalls gegen die Erhöhung, die lediglich als Belastung zu werten sei und die ohne Konzept und ohne Einbindung des Müllausschusses durchgeführt werde. Die Möglichkeit, den Müll und damit die Gebühren sozusagen zu bewerten, öffne der Willkür Tür und Tor.

GR. HUBER (SPÖ) entgegnete, daß die Erhöhung der Deponiegebühren als Anpassung an die HBW-Gebühr und vor allem als Instrument zur Mengensteuerung des anfallenden Mülls zu sehen sei. Die Gebührenverrechnung je nach Verwertungsmöglichkeit des anfallenden Mülls sei ebenfalls ein positiver Schritt zur Volumenssteuerung. Der Müllausschuß sei kein Gremium, das Preisänderungen beschließen könne.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Änderung der Bestattungstarife

GR. DAMPIER (SPÖ) brachte einen Antrag zur Tarifänderung bei der Städtischen Bestattung mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1989 ein.

GR. HAUBENBURGER (ÖVP) begründete die Ablehnung des Antrags durch die ÖVP damit, daß eine Tarifierhöhung wirtschaftlich nicht notwendig und daher nicht gerechtfertigt sei. Die wirtschaftliche Situation der Städtischen Bestattung habe sich in den letzten Jahren erheblich ver-

Forts. von Blatt 2425

Forts. auf Blatt 2427

schlechtert, eine Tariferhöhung würde aber die wirtschaftliche Lage langfristig gesehen nicht verbessern. Haubenburger forderte als einzig richtige Maßnahme die Privatisierung von Teilbereichen der Bestattung. Die Bestattung solle sozial und ohne Gewinnstreben geführt werden, betonte Haubenburger, aber sie müsse kostendeckend sein.

GR. Josefa TOMSIK (SPÖ) erwiderte, daß die Wiener Städtische Bestattung im Vergleich zu anderen Bundesländern die niedrigsten Tarife aufweise. Auch die Privatisierung sei abzulehnen, das zeige der Vergleich mit privaten Bestattungsunternehmen, die ebenfalls höhere Tarife hätten.

In seinem Schlußwort erklärte GR. DAMPIER, daß die Tariferhöhung für Begräbnisse bei maximal drei Prozent liege und die Wiener Städtische Bestattung damit noch immer die billigste in ganz Österreich sei.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Mietermitbestimmungsstatut

StR. EDLINGER (SPÖ) beantragte das neue Mietermitbestimmungsstatut für Gemeindewohnbauten. Das Statut sei in der Oktober-Sitzung des Gemeinderates ausführlich diskutiert worden, und nach einigen Änderungen konnte ein Konsens erreicht werden.

GR. KIRCHNER (FPÖ) sagte, das Statut finde die Unterstützung der Freiheitlichen, es sei ein erster Schritt, Mieterinteressen zum Durchbruch zu verhelfen. Er bezeichnete es als altes freiheitliches Prinzip, im öffentlichen Bereich die Parteibuchwirtschaft zurückzudrängen. Das Statut ermögliche es den Gemeindemieter, ihre Ideen durchzusetzen. Niemand als die betroffenen Mieter selbst wüßten am besten, was nötig sei. Das Statut schließe aber auch die Verantwortung der Mieter mit ein. Es seien zwar noch viele Fragen offen, die Praxis werde aber zeigen, was sich bewährt und wie die weitere Entwicklung verlaufen werde.

GR. FUCHS (ÖVP) bezeichnete das Statut als eine positive Maßnahme für die Mieter. Der Widerstand der Volkspartei habe sich vor allem gegen die Monopolstellung und „Zwangsbeglückung“ durch die SPÖ-nahe Mietervereinigung gerichtet. Die Rechte des einzelnen Mieters dürfen nicht geschmälert werden. Die Volkspartei stimme nach den nun durchgesetzten Änderungen, wie etwa geheime Wahlen, dem Statut zu.

Dieses Statut dokumentiere die erweiterten Rechte der Mieter, sagte GR. PRAMEL (SPÖ). Mitbestimmung im Gemeindebau habe es aber bereits seit 1945 durch die Hausvertrauenspersonen gegeben. Das Mietermitbestimmungsstatut bringe mehr Mitwirkung, mehr Information, aber auch mehr Verpflichtungen für die Mieter selbst. Er bedauere, daß diese Bestimmungen nur für Gemeindewohnungen, nicht aber für Genossenschaften und private Hauseigentümer gelten. Er brachte einen SPÖ- UND ÖVP-BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG ein, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, dem Nationalrat ein Bundesgesetz zur Änderung des Mietrechtsgesetzes und des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes vorzulegen, das die Gedanken einer erweiterten Mitbestimmung für Mieter, Nutzungsberechtigte und Eigentümer nach dem Modell des Wiener Statutes beinhaltet.

In seinem Schlußwort dankte StR. EDLINGER für die intensive Mitarbeit aller und für den breiten Konsens. Dies sei zukunftsweisend für weitere Bereiche der Demokratisierung.

ABSTIMMUNG: Das Mietermitbestimmungsstatut wurde einstimmig angenommen, der Resolutionsantrag mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 20.50 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 2426